

# LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

## 17. Wahlperiode

---

**Ausschuss für Europafragen und Eine Welt**

6. Sitzung am 08.12.2016  
– Öffentliche Sitzung –

## Protokoll

Beginn der Sitzung: 09:05 Uhr

Ende der Sitzung: 10:02 Uhr

### Tagesordnung:

1. Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums in Rheinland-Pfalz im Rahmen der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik hier: Zwischenbericht 2015/Schlussbericht für das Entwicklungsprogramm PAUL nach Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 Vorlage  
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau  
– Vorlage 17/461 –
2. Budgetbericht der Landesregierung zum 30. Juni 2016 Bericht (Unterrichtung)  
Landesregierung  
– Drucksache 17/1462 –
3. Ergebnisse der 119. Plenartagung des Ausschusses der Regionen vom 10. bis 12. Oktober 2016 in Brüssel  
Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung  
Behandlung gem. § 65 Vorl. GOLT  
Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales  
– Vorlage 17/568 –

### Ergebnis:

Kenntnisnahme  
(S. 4)

Kenntnisnahme  
(S. 5)

Kenntnisnahme  
(S. 6 – 8)

**Tagesordnung** (Fortsetzung):**Ergebnis:**

- |   |                          |
|---|--------------------------|
| 4. US-Präsident Donald Trump<br>Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT<br>Fraktion der AfD<br>– Vorlage 17/545 –                                      | Erledigt<br>(S. 9)       |
| 5. Eine-Welt-PromotorInnen-Programm<br>Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT<br>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN<br>– Vorlage 17/588 –                 | Erledigt<br>(S. 10 – 12) |
| 6. EuGH stoppt Preisbindung verschreibungspflichtiger Medikamente<br>Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT<br>Fraktion der SPD<br>– Vorlage 17/642 – | Erledigt<br>(S. 13 – 14) |
| 7. EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei<br>Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT<br>Fraktion der CDU<br>– Vorlage 17/671 –                       | Erledigt<br>(S. 15 – 16) |
| 8. Mitflugzentralen<br>Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT<br>Fraktion der FDP<br>– Vorlage 17/680 –   | Erledigt<br>(S. 17)      |
| 9. Verschiedenes  | (S. 3; 18)               |

**6. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 08.12.2016**  
**– Öffentliche Sitzung –**

**Herr Vors. Abg. Hartenfels** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

**Zur Tagesordnung:**

Die Tagesordnung wird um den Punkt **Verschiedenes** ergänzt.

**6. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 08.12.2016**  
**– Öffentliche Sitzung –**

**Punkt 1** der Tagesordnung:

**Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums in Rheinland-Pfalz im Rahmen der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik**

hier: Zwischenbericht 2015/Schlussbericht für das Entwicklungsprogramm PAUL nach Verordnung (EG) Nr. 1698/2005

Vorlage

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

– Vorlage 17/461 –

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung – Vorlage 17/461 – Kenntnis (siehe Vorlage 17/741).

**6. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 08.12.2016**  
**– Öffentliche Sitzung –**

**Punkt 2** der Tagesordnung:

**Budgetbericht der Landesregierung zum 30. Juni 2016**

Bericht (Unterrichtung)

Landesregierung

– Drucksache 17/1462 –

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung – Drucksache 17/1462 –  
Kenntnis (siehe Vorlage 17/728).

**Punkt 3** der Tagesordnung:

**Ergebnisse der 119. Plenartagung des Ausschusses der Regionen vom 10. bis 12. Oktober 2016 in Brüssel**

Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung  
Behandlung gem. § 65 Vorl. GOLT  
Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales  
– Vorlage 17/568 –

**Frau Staatssekretärin Raab** berichtet, die 119. Tagung habe im Zeichen der „Open Days“, der Europäischen Woche der Regionen und Städte gestanden. Am vorhergehenden Tag hätten dazu Beratungen stattgefunden, im Rahmen dessen festgestellt worden sei, welche wichtige Rolle in einem Europa, das sich zwischen BREXIT und vielen offenen Fragen bewege und nach festen Strukturen suche, die Regionen und Städte einnehmen. Deshalb sei geplant, im nächsten Jahr diese Europäische Woche mit noch mehr Aktionen für Europa zu begleiten.

Ein Themenschwerpunkt dabei sei umfassendes und nachhaltiges Wachstum gewesen. Begleitend habe es über 120 Workshops und Podiumsveranstaltungen gegeben sowie eine Master Class für Jungforscher und Doktoranden.

Auf der Tagesordnung hätten 14 Stellungnahmen und 3 Resolutionen gestanden. Hervorheben wollen sie an dieser Stelle, dass ein neues Mitglied des rheinland-pfälzischen Landtags, Herr Abgeordneter Höfer, der vom Deutschen Städte- und Gemeindebund in den AdR entsandt worden sei, als Berichterstatter zur Europäischen Säule sozialer Rechte gesprochen habe. Dieses Thema werde seitens ihres Hauses mit Informationsveranstaltungen in Rheinland-Pfalz begleitet.

Der AdR habe sich darüber hinaus intensiv mit einem Thema beschäftigt, mit dem sich auch die Abgeordneten hier im Ausschuss schon beschäftigt hätten, der europäischen Kohäsionspolitik. Dieses Thema sei in der vergangenen Woche auch auf der EMK ausführlich diskutiert worden. Es habe dazu eine Reihe von Initiativstellungen gegeben, bei denen auch das Stichwort Vereinfachungen eine Rolle gespielt habe. Erinnern wolle sie in diesem Zusammenhang an die auswärtige Sitzung des Europaausschusses in Brüssel, in der es ein Gespräch mit Herrn Zeller, MdEP aus Berlin, gegeben habe, bei dem das Thema Vereinfachung und Bürokratieabbau eine zentrale Rolle gespielt habe.

Offenkundig sei geworden, dass es für alle beteiligten Regionen sehr wichtig sei, die einzelnen Schritte für die Antragsteller von Mitteln aus europäischen Programmen und Fonds durch eine Entbürokratisierung zu vereinfachen.

Die Europäische Kommission habe zumindest mündlich zum Ausdruck gebracht, dass sie beabsichtige, von Anträgen in einer Größenordnung von 120 Seiten auf deutlich weniger Seiten zu kommen. Es bleibe abzuwarten, wie dieser Vereinfachungsprozess gestaltet werden solle. Mit dem in diesem Zusammenhang in Rede stehenden ESI-Fonds seien unterschiedliche Generaldirektionen befasst, die sich untereinander abstimmen müssten.

Bei dem Thema Vereinfachung gehe es nicht nur um die Antragstellung, sondern auch um Audit und Kontrollverfahren, da sich auch die beiden letzteren sehr langwierig gestalteten. Das bedeute, selbst wenn ein Antrag erfolgreich gestellt worden sei, vergehe aufgrund der Notwendigkeit von Audit und Kontrollverfahren noch einmal sehr viel Zeit.

Wenngleich all diese Kritikpunkte vorgetragen und der zuständigen Kommissarin, Frau Cretu, deutlich gemacht worden seien, unter anderem auch im Rahmen der auswärtigen Ministerratssitzung des rheinland-pfälzischen Kabinetts, erachte sie es dennoch als notwendig, weiter an diesem Thema dranzubleiben und die Kritikpunkte bei den zuständigen Stellen immer wieder vorzutragen.

In dieser 119. Plenartagung habe es darüber hinaus eine Generaldebatte im Plenum über Gegenwart und Zukunft der EU gegeben. Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen werde sich mit dieser Thematik befassen; denn in diesem Ausschuss werde generell die politische Lage in der EU diskutiert. Die Vertreter der Republik Österreich hätten einen aktuellen Bericht bezüglich der Präsidentenwahl in ihrem Land abgegeben, beleuchtet worden sei die Situation in Italien, und auch Frankreich habe im Fokus der Diskussionen gestanden.

**6. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 08.12.2016**  
**– Öffentliche Sitzung –**

Wenngleich die Diskussionen derzeit sehr intensiv geführt würden, so bestehe zwar eine generelle Sorge, es sei aber keine Depression festzustellen. Die Mitglieder des AdR sprächen sich sogar sehr energisch dafür aus, für ein starkes demokratisches Europa in Verbindung mit einer Intensivierung der entsprechenden unterstützenden Aktivitäten zu werben, was durchaus als eine Art Renaissance dahin gehend gewertet werden könne, sich wieder auf die gemeinsamen Werte Europas zu besinnen.

**Herr Vors. Abg. Hartenfels** fragt nach, welche Veranstaltungen seitens Rheinland-Pfalz in der genannten Europäischen Woche durchgeführt worden seien.

Erwähnt worden sei Herr Zeller, MdEP. Wie schon dargelegt, sei bei dem Gespräch mit ihm das Thema Vereinfachung von Anträgen intensiv diskutiert worden. Die Ausschussmitglieder, von denen viele als Kommunalpolitiker aktiv seien, hätten dabei Fälle angesprochen, in denen es zu Problemen bei der Umsetzung und bei der Antragstellung gekommen und der hohe Bürokratieaufwand moniert worden sei. Ihm sei deshalb wichtig zu erfragen, ob es bei der Landesregierung einen zentralen Ansprechpartner gebe, wenn im Rahmen der Umsetzung der europäischen Programme Schwierigkeiten deutlich würden, um solche Berichte zu bündeln und an die zuständigen Stellen weiterreichen zu können. Gerade dieser Punkt habe sich aus diesem Gespräch als für die Mitglieder des Europaausschusses wichtig herauskristallisiert.

**Frau Staatssekretärin Raab** betont, das Land Rheinland-Pfalz habe sich in der Europäischen Woche eingebracht und sich an einer Erklärung der Regionen beteiligt. Eine weitere Aktion im Rahmen dieser Woche sei ein Fahnenmarsch des Ausschusses der Regionen gewesen, an dem Rheinland-Pfalz ebenfalls teilgenommen habe. Daneben hätten noch mehrere kleinere regionale Veranstaltungen stattgefunden. Eine Aufstellung darüber könne sie dem Ausschuss gerne zukommen lassen, aktuell nennen könne sie sie in ihrem kompletten Umfang nicht.

Was die Frage nach einem zentralen Ansprechpartner angehe, so sei hervorzuheben, dass es innerhalb der Europäischen Union sehr viele unterschiedliche Förderprogramme und Fonds gebe. Deshalb erscheine es schon sinnvoll, eine zentrale Anlaufstelle einzurichten, jedoch sei der Weg gewählt worden, ein fachspezifisches dezentrales System einzurichten, das heiße je einen Ansprechpartner für die verschiedenen Förderzwecke. Das bedeute, für GAK und Mittel für den Breitbandausbau sei das Breitbandkompetenzzentrum, für andere Entwicklungen im ländlichen Raum sei das Umweltministerium zuständig, während die Zuständigkeit für andere Fördertöpfe im landwirtschaftlichen Bereich wiederum im Wirtschaftsministerium liege und der ESF in die Verantwortung des Arbeits- und Sozialministeriums falle. Viele Förderanträge würden zudem in der ADD geprüft und über die Mittelbehörde beschieden.

**Herr Vors. Abg. Hartenfels** sieht es als für die Ausschussmitglieder fraktionsübergreifend wichtig an, dass die Akteure der kommunalen Einrichtungen mit der Antragstellung einhergehende mögliche Probleme oder andere mit der Thematik der Fördermittel einhergehende problematische Aspekte nicht nur äußern, sondern auch schriftlich fixiert an die zuständigen europäischen Stellen weiterreichen könnten, da die Förderprogramme gerade für die rheinland-pfälzischen Regionen von großer Bedeutung und sie darauf angewiesen seien, dass die Fördergelder abgerufen würden. Dabei sollten sie den Regionen möglichst unbürokratisch und einfach zur Verfügung gestellt werden können.

**Frau Abg. Willius-Senzer** fragt nach, ob es eine Übersicht der Förderprogramme und Fonds mit den jeweiligen Ansprechpartnern gebe, die den Kommunen zur Verfügung gestellt werden könne.

**Frau Staatssekretärin Raab** verweist auf eine online zur Verfügung stehende Übersicht. Es habe früher noch eine gedruckte Fassung gegeben, angesichts dessen jedoch, dass es heutzutage wechselnde Ansprechpartner gebe, seien die Behörden dazu übergegangen, eine solche Übersicht nur noch online zur Verfügung zu stellen.

Ansprechen wolle sie in diesem Zusammenhang das Europe Direct Informationcenter (EDIC), von denen es in Rheinland-Pfalz zwei gebe, in Koblenz und Kaiserslautern, und die von der Kommission ge-

**6. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 08.12.2016**  
**– Öffentliche Sitzung –**

fördert würden. Mit der Vertretung der Kommission in Bonn, die für Rheinland-Pfalz zuständig sei, befinde sie sich in Gesprächen, um ein weiteres solches EDIC nach Mainz zu bekommen.

Auf Bitten von Herrn Vors. Abg. Hartenfels sagt Frau Staatssekretärin Raab zu, dem Ausschuss eine Übersicht darüber zukommen zu lassen, mit welchen Veranstaltungen sich Rheinland-Pfalz an der Europäischen Woche der Regionen und Städte – OPEN DAYS beteiligt hat.

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung – Vorlage 17/568 – Kenntnis.



**6. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 08.12.2016**  
**– Öffentliche Sitzung –**

**Punkt 4** der Tagesordnung:

**US-Präsident Donald Trump**

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT

Fraktion der AfD

– Vorlage 17/545 –

**Herr Vors. Abg. Hartenfels** weist darauf hin, dass kein Vertreter der Fraktion der AfD anwesend sei, sodass eine Antragsbegründung entfalle.

**Frau Abg. Willius-Senzer** bittet um Auskunft, ob die Gefahr bestehe, dass die in Rheinland-Pfalz stationierten US-Streitkräfte unter einer Trump-Administration vermehrt abgezogen werden könnten.

**Frau Staatssekretärin Raab** verweist auf die sehr guten und langjährigen Kontakte des Landes Rheinland-Pfalz mit den für diesen Bereich Verantwortlichen in den USA. Danach gebe es derzeit keine Hinweise darauf, dass für Ramstein als Enduring Mission, Spangdahlem oder Baumholder Veränderungen zu erwarten seien.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer habe zudem erst kürzlich mit General Wolters ein Gespräch geführt, und geplant sei darüber hinaus, dass Herr Staatsminister Lewentz im kommenden Jahr nach Washington reisen werde, um die Gespräche mit den Verantwortlichen im Pentagon und an anderen Stellen fortzuführen.

Auf Bitten von Herrn Vors. Abg. Hartenfels sagt Frau Staatssekretärin Raab zu, dem Ausschuss ihren Sprechvermerk zukommen zu lassen.

Der Antrag – Vorlage 17/545 – hat seine Erledigung gefunden.

**Punkt 5** der Tagesordnung:

**Eine-Welt-PromotorInnen-Programm**

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Vorlage 17/588 –

**Frau Dr. Stein (Referatsleiterin im Ministerium des Innern und für Sport)** informiert, da dieses Programm in Rheinland-Pfalz noch nicht sehr lange existiere und vielleicht nicht allen Anwesenden im Detail bekannt sei, wolle sie einige Hintergrundinformationen geben.

Bei dem PromotorInnen-Programm handele es sich um ein gemeinsames Programm von Bund und Ländern, das heiÙe, es werde gemeinsam finanziert. Begonnen habe dieses Programm in einigen Bundesländern bereits 2013 und stehe ganz allgemein unter dem Motto: Nachhaltige Entwicklung fängt im eigenen Land an.

In dem Programm gehe es vor allem um gesellschaftliche Veränderungen, die im Norden nötig seien, um eine globale, nachhaltige Entwicklung zu fördern. Das PromotorInnen-Programm setze dort an, wo es am wichtigsten sei, im Lokalen, vor Ort bei den Engagierten und Interessierten.

Mittlerweile seien bundesweit 110 Promotoren unterwegs und beteiligten sich alle Bundesländer an diesem Programm.

In Rheinland-Pfalz gebe es derzeit acht Promotorenstellen. Die PromotorInnen seien bei regionalen Trägern angestellt und arbeiteten in Rheinland-Pfalz zu folgenden Themen:

Umwelt und Entwicklung, die Stelle sei angesiedelt bei der Bürgerstiftung Pfalz in Klingenmünster;  
Globales Lernen, angesiedelt bei ELAN, dem entwicklungspolitischen Landesnetzwerk in Rheinland-Pfalz in Mainz;  
Öko-soziale Beschaffung, eine Stelle sei angesiedelt beim BUND in Koblenz, eine bei der Lokalen Agenda in Trier;  
Partnerschaften, eine Stelle angesiedelt beim Kolpingwerk mit Sitz in Trier;  
Migration und Entwicklung, angesiedelt beim Verein EBASA e. V. in Mainz und  
Rohstoffe und Rohstoffpolitik, angesiedelt beim Haus Wasserburg in Vallendar.

Die Koordination sei ebenfalls bei ELAN in Mainz angesiedelt.

Vor dem Hintergrund, dass der Eindruck entstehen könne, es handele sich um sehr viele Stellen, sei hervorzuheben, bei all diesen Stellen handele es sich lediglich um Teilzeitstellen, in einem Fall sogar nur um eine 25 %-Stelle.

Ziele der PromotorInnen seien die Bildung im Hinblick auf ökologische und soziale Zukunftsfähigkeit, globale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Flucht und Migration, die Stärkung von Wissen und Kompetenzen von Gruppen und Vereinen, die in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit aktiv seien, die Entwicklung und das Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten für ein Engagement in der Einen Welt, die Förderung der politischen Partizipation, zum Beispiel von MigrantInnen und Jugendlichen in der Eine Welt-Arbeit, die Initiierung und Stärkung von Netzwerken und Kooperationen, die Etablierung von Eine Welt-Themen dezentral in Kommunen und Regionen und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement.

Diese Ziele würden von den Fach- und RegionalpromotorInnen für die unterschiedlichen Themenbereiche umgesetzt. Bezüglich der Arbeit der PromotorInnen im Einzelnen könne sie dem Ausschuss einen Sprechvermerk zur Verfügung stellen.

Zur Finanzierung dieses PromotorInnen-Programms sei auszuführen, der Bund übernehme 60 % und das jeweilige Bundesland 40 %. Die Gesamtkosten des Programms hätten in 2016 in Rheinland-Pfalz bei 317.725 Euro gelegen, von denen auf die Landesregierung insgesamt 127.490 Euro entfielen. Der Rest werde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit übernommen.

**6. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 08.12.2016**  
**– Öffentliche Sitzung –**

Federführend sei das Programm beim Innenministerium angesiedelt, das mit insgesamt 84.000 Euro den größten Teil der Kosten trage. Drei Ressorts beteiligten sich dabei an der Mitfinanzierung: das Wirtschafts-, das Bildungs- und das Umweltministerium. Die Mitfinanzierung für das Wirtschaftsministerium belaufe sich gerundet auf 10.000 Euro, für das Bildungsministerium gerundet auf 16.000 Euro und für das Umweltministerium gerundet auf 20.000 Euro.

Diese breite Unterstützung spiegele sich in den Themenfeldern wider, die von den Promotoren bearbeitet würden. Das Umweltministerium zum Beispiel beteilige sich an den Kosten für die Promotorin für Umwelt und Entwicklung, das Bildungsministerium an den Kosten für die Promotorin für Globales Lernen, wobei die gute Zusammenarbeit hervorzuheben sei.

Das PromotorInnen-Programm werde vorbehaltlich der Zustimmung der anderen Häuser auch in den Jahren 2017 und 2018 fortgeführt. Für 2017 sei eine Aufstockung der Promotorenstelle für öko-soziale Beschaffung in Trier von 25 auf 50 % beantragt worden. Dieser Antrag werde derzeit geprüft.

Zur Bewertung dieses Programms sei hervorzuheben, die PromotorInnen böten eine hervorragende Möglichkeit, eine Vielzahl von entwicklungspolitischen Themen, die vor allem für die notwendigen Veränderungen in der eigenen Gesellschaft relevant seien, in die Fläche und in die Bevölkerung zu tragen. Zudem ermöglichten sie eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten und Kooperationen zu den entwicklungspolitischen Programmen der Landesregierung, sei es bei der nachhaltigen Beschaffung, beim Globalen Lernen, der Bildung für nachhaltige Entwicklung oder der Partnerschaft Rheinland-Pfalz mit Ruanda.

In Rheinland-Pfalz gebe es seit vielen Jahren innerhalb der Landesregierung eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit auf den Fachebenen innerhalb der Landesregierung ebenso wie zwischen der Landesregierung und der Zivilgesellschaft. Diese werde durch das PromotorInnen-Programm weiter gestärkt, was auf dem Weg zur Umsetzung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung einen guten Schritt nach vorn bedeute.

**Herr Abg. Geis** spricht die beiden Stellen in Trier und Koblenz an, die für das Thema öko-soziale Beschaffung zuständig seien, wobei die Stelle in Trier aufgestockt werden solle. Das in Rede stehende Programm solle Menschen direkt vor Ort ansprechen, die für eine entsprechende Umsetzung sorgen könnten, beispielsweise in den Behörden. Aufgefallen sei ihm, dass der Süden des Landes nicht vertreten sei. Deshalb sei zu fragen, ob es nicht sinnvoll wäre zu versuchen, zumindest eine Teilstelle im Süden des Landes zu schaffen.

Eine weitere Frage betreffe die Frage des Erreichens der jeweiligen Adressaten der PromotorInnen, wie deren Arbeit aussehe.

**Frau Dr. Stein** würde es ebenfalls begrüßen, eine Stelle im Rahmen des Programms im Süden des Landes einzurichten. Dies jedoch sei eine Frage der zur Verfügung stehenden Mittel. Eine solche Stelle müsste mit einer deutlichen Aufstockung dieser Mittel einhergehen, die derzeit jedoch nicht beabsichtigt sei. Die beiden genannten Promotorinnen seien jedoch nicht die einzigen Akteure, die sich auf dem Themenfeld der öko-sozialen Beschaffung engagierten, vielmehr existiere ein landesweites Programm, das gemeinsam mit der Organisation „Engagement Global“, angesiedelt beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit Sitz in Bonn, durchgeführt werde. Im Rahmen dieses Programms würden schon seit einiger Zeit kommunale Beschafferinnen und Beschaffer geschult, um eine öko-soziale Beschaffung bei sich vor Ort durchzuführen und ihnen rechtssichere Möglichkeiten an die Hand zu geben, entsprechende Formulierungen in den Text der jeweiligen Ausschreibung zu integrieren. Hierbei werde versucht, ganz Rheinland-Pfalz abzudecken, auch die im Süden gelegenen Kommunen.

Recht geben wolle sie jedoch Herrn Abgeordneten Geis, eine intensivere Arbeit wäre sicherlich möglich, wenn im Süden des Landes eine separate Stelle gegeben wäre.

Das Erreichen von Adressaten sei abhängig von den Themenfeldern und den jeweiligen Personen. Die PromotorInnen richteten sich vor allem an Vereine und Initiative, um deren Arbeit zu unterstützen, um zu qualifizieren und zu fördern. Beispielsweise sei auf dem Gebiet des Globalen Lernens die Promotorin schon seit mehreren Jahren aktiv; denn das Programm mit den zwei Stellen „Umwelt und Entwicklung“ und „Globales Lernen“ laufe schon seit einigen Jahren. Die Promotorin habe in dieser Zeit zu sehr vielen

**6. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 08.12.2016**  
**– Öffentliche Sitzung –**

Schulen Kontakt aufgenommen und dabei einen ständigen Kontakt mit dem Bildungsministerium gehalten.

Ihres Erachtens gingen die meisten PromotorInnen in dieser Art und Weise vor, je nachdem, mit wem sie zusammenarbeiteten und auf welchem Feld sie aktiv seien. Bei dem Thema öko-soziale Beschaffung seien vor allem die Kommunen Ansprechpartner, darüber hinaus aber auch Vereine oder Kirchen. Im Bereich Rohstoffpolitik versuchten sie, mit Informationsveranstaltungen Menschen zu erreichen, dass sie ihren Rohstoffkonsum hinterfragten.

Die Frage lasse sich nicht einfach beantworten, da jedes Thema unterschiedlich aufgestellt sei und unterschiedliche Zielgruppen anspreche, weshalb unterschiedliche Herangehensweisen erforderlich seien. Vielfach handele es sich bei den PromotorInnen um junge Menschen, die angestellt und in den Themenbereichen schon aktiv gewesen seien und schon über Kontakte verfügten. Das heiÙe, sie gingen auch nicht bei null an.

**Herr Vors. Abg. Hartenfels** bittet um Auskunft, um wie viele Vollzeitstellen es gehe, wenn die Teilzeitstellen, in denen die PromotorInnen arbeiteten, zusammengerechnet würden.

**Frau Dr. Stein** entgegnet, diese Übersicht dem zugesagten Sprechvermerk beifügen zu wollen.

Frau Dr. Stein sagt zu, dem Ausschuss über ihren Bericht hinaus einen ausführlichen Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

Auf Bitten von Herrn Vors. Abg. Hartenfels sagt Frau Dr. Stein zu, dem Ausschuss eine Übersicht zukommen zu lassen, wie vielen Vollzeitstellen die Teilzeitstellen, in denen die PromotorInnen arbeiteten, zusammengerechnet entsprechen.

Der Antrag – Vorlage 17/588 – hat seine Erledigung gefunden.

**Punkt 6** der Tagesordnung:

**EuGH stoppt Preisbindung verschreibungspflichtiger Medikamente**

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT

Fraktion der SPD

– Vorlage 17/642 –

**Herr Dr. Winkler (Referent im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie)** legt dar, mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 19. Oktober 2016 werde in Deutschland die gesetzliche Ausdehnung der Preisbindung für verschreibungspflichtige Arzneimittel auf europäische Versandapotheken gekippt, da diese nach Auffassung des EuGH europarechtswidrig sei und den Zugang zum deutschen Markt und den Preiswettbewerb als einen wichtigen Wettbewerbsfaktor für Versandapotheken verhindere. Auch aus Gründen der Patientensicherheit und des Schutzes der menschlichen Gesundheit sehe der EuGH die deutsche Preisbindung als nicht gerechtfertigt an.

Dem Urteil habe ein Rechtsstreit zwischen der Deutschen Parkinson Vereinigung und der Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf zugrunde gelegen. Die Parkinson Vereinigung habe mit der Versandapotheke Doc Morris ein Bonussystem ausgehandelt, das nach Auffassung der Zentrale zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs jedoch gegen die deutsche Regelung verstoße, die einen einheitlichen Apothekenabgabepreis für verschreibungspflichtige Arzneimittel vorsehe.

Das Urteil schaffe aktuell die prekäre Situation, dass ausländische Versandapotheken künftig nicht mehr an die Preisbindung bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln in Deutschland gebunden sein würden, während deutsche Apotheken diese Preisbindung weiterhin zu beachten hätten. Eine mögliche vollkommene Freigabe der Preisbindung würde bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln einen weitreichenden und ruinösen Wettbewerb auslösen, der wiederum zulasten der kleinen Apotheken im ländlichen Raum führen würde und damit eine umfassende Arzneimittelversorgung durch bestehende Apotheken vor Ort für Akut- und Notfälle gefährden könnte.

Da das eindeutig zulasten der deutschen Patientinnen und Patienten, insbesondere der älteren Bevölkerung in ländlichen Regionen, ginge, sei dieses Thema für ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz von großer Bedeutung. Vor dem Hintergrund des Erhalts der bestehenden sicheren und patientennahen Arzneimittelversorgung sehe das rheinland-pfälzische Gesundheitsministerium in dieser Frage akuten Handlungsbedarf, weshalb Rheinland-Pfalz im Rahmen der laufenden Beratungen zum GKV-Arzneimittelversorgungsstärkungsgesetz mit weiteren Ländern dafür votiere, die zuständige Bundesregierung aufzufordern, Lösungsvorschläge unter Einbeziehung aller rechtlichen Optionen und angemessener Berücksichtigung der Interessen der Patientinnen und Patienten vorzulegen.

Dieser Lösungsansatz sollte umfassend sein und ausdrücklich auch eine Bewertung der von verschiedenen Flächenländern wie Bayern, Baden-Württemberg etc. favorisierten Lösung einer Begrenzung des Versandhandels auf verschreibungsfreie Arzneimittel beinhalten. Zusätzlich sollte die bewährte Nutzung digitaler Möglichkeiten bei der Versorgung mit Arzneimitteln über das Internet Berücksichtigung finden und erhalten werden. Wichtig für die flächendeckende Gesundheitsversorgung sei, dass dieser umfassende Lösungsvorschlag vom Bund sowie von den Ländern mitgetragen werde und rechtssicher sei.

Wegen der nachhaltigen wirtschaftlichen Konsequenzen sei davon auszugehen, dass weitere rechtliche Auseinandersetzungen zu dieser komplexen Fragestellung folgen würden.

Die Länderkammer habe in ihrer Plenarsitzung am 25. November 2016 mehrheitlich Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe aufgefordert, im Rahmen der laufenden Beratung zum GKV-Arzneimittelversorgungsstärkungsgesetz Einschränkungen beim Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln im Arzneimittelgesetz vorzunehmen. Diese Initiative der Länder habe die Bundesregierung abgelehnt mit der Begründung, dass vorab noch juristische Fragen zu klären seien und ein förmliches Notifizierungsverfahren bei der Kommission zu Fragen des grenzüberschreitenden Versandhandels einzuleiten sei. Diese Prüfung erfordere noch die gebotene Zeit. Deshalb solle dieser Problematik von dem aktuellen Gesetzgebungsverfahren abgekoppelt werden, um ein zügiges Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht zu gefährden.

**6. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 08.12.2016**  
**– Öffentliche Sitzung –**

Rheinland-Pfalz halte es für wichtig, in dieser schwierigen Situation eine tragfähige und rechtssichere Lösung zu finden, die dauerhaft sein müsse. Die Landesregierung gehe davon aus, dass Bund und Länder in diesem Punkt des Versandhandels vor dem Hintergrund der politischen Aufmerksamkeit schnell einen Konsens erzielen würden. Dabei müsse nach Auffassung der Landesregierung eine ausgewogene, bundesweite Lösung gefunden werden, die die ortsnahe Versorgung der Bevölkerung über Apotheken vor Ort erhalte, ohne jedoch die Möglichkeiten des ergänzenden Versandhandels komplett zu zerstören.

Soweit sollte aus Verbrauchersicht eine Lösung angestrebt werden, die nicht einseitig nur auf einen Lösungsansatz setze, sondern explizit alle möglichen Optionen einbeziehe. Rheinland-Pfalz als Flächenland werde sich in dieser Frage für einen patientengerechten Weg einer orts- und zeitnahen Arzneimittelversorgung einsetzen, da die Landesregierung schon immer die traditionelle Bedeutung der inhabergeführten Apotheken vor Ort betont habe.

**Frau Abg. Meurer** erkundigt sich nach der Möglichkeit eines Überblicks bezüglich der Handhabung in anderen EU-Staaten, unter denen sich ebenfalls Flächenländer befänden; denn auch diese müssten ein Interesse daran haben, ihre Bevölkerung flächendeckend mit Medikamenten zu versorgen.

**Herr Dr. Winkler** entgegnet, eine solche Übersicht nachreichen zu müssen.

**Frau Abg. Schmitt** bittet um Auskunft, mit welchen Zeiträumen zu rechnen sei, bis eine rechtskonforme Lösung unter Berücksichtigung der Verfahrensabläufe erarbeitet sei.

**Herr Dr. Winkler** verweist auf rechtliche Fragen, die noch zu klären seien, sodass seitens der Bundesregierung keine Regelung im Rahmen des aktuellen Gesetzgebungsverfahrens erfolgen solle.

Auf jeden Fall bestehe aufgrund der ungleichen Wettbewerbssituation zwischen ausländischen Versandapotheken und deutschen Präsenzapotheken Handlungsbedarf, sodass bei den beteiligten Akteuren, Bund und Ländern, ein großes Interesse bestehe, die noch offenen Fragen zu klären und im nächsten Jahr zu einer rechtssicheren Lösung zu kommen, wenn möglich noch vor der Bundestagswahl 2017.

Auf Bitten von Frau Abg. Meurer sagt Herr Dr. Winkler zu, dem Ausschuss eine Übersicht darüber zukommen zu lassen, wie die Regelungen bezüglich einer orts- und zeitnahen Arzneimittelversorgung der Bevölkerung mit verschreibungspflichtigen Medikamenten in den anderen EU-Ländern aussehen.

Der Antrag – Vorlage 17/642 – hat seine Erledigung gefunden.

**Punkt 7** der Tagesordnung:

**EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei**

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT

Fraktion der CDU

– Vorlage 17/671 –

**Frau Staatssekretärin Raab** geht auf die Resolution des Europäischen Parlaments vom 24. November ein, die aus zwei Teilen bestehe. Der erste Teil beschreibe in einer Art Präambel die aktuelle politische Lage in der Türkei aus Sicht des Europäischen Parlaments. Angesprochen werde der Militärputsch, aber auch die Mitgliedschaft der Türkei im Europarat seit 1950, was bedeute, auch die Türkei sei an die Europäische Menschenrechtskonvention gebunden. Nicht unerwähnt blieben dabei die repressiven Maßnahmen, wie Verhaftungen, Suspendierungen oder Entlassungen von Bediensteten im öffentlichen Dienst, die als unverhältnismäßig bezeichnet würden. Daneben werde die Diskussion um die Wiedereinführung der Todesstrafe problematisiert.

Der zweite Teil bestehe aus zehn Punkten. In ihm stelle das Europäische Parlament heraus, dass Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vorübergehend ausgesetzt werden sollten, um Standpunkte und unverhältnismäßige Maßnahmen zu überprüfen und sie gegebenenfalls aufzuheben. Als Begründung für die vorübergehende Aussetzung der Beitrittsverhandlungen würden immer wieder die Überlegungen zur Wiedereinführung der Todesstrafe genannt.

Ferner weise das Parlament darauf hin, dass sieben von 72 Vorgaben im Fahrplan der Visaliberalisierung nicht erfüllt seien und er sich somit aktuell nicht mehr in Kraft befinde.

Als wichtigen Punkt hebe die Europäische Union die Stärkung der Zollunion hervor.

Erwähnung finde darüber hinaus der Vertrag von Lausanne, die Grenzen der modernen Türkei sowie die Wahrung von Frieden und Stabilität würden angesprochen.

Nicht unbeachtet solle die Tatsache bleiben, dass die Türkei Mitglied der NATO sei, was auf der kürzlich stattgefundenen NATO-Versammlung ein großes Thema gewesen sei.

Die Resolution schließe damit, dass der Präsident des Europäischen Parlaments, die Vizepräsidentin und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, der Rat, die Kommission und alle anderen wesentlichen Akteure diese Resolution der Türkei übermitteln sollten.

Zu der Frage der Bewertung seitens der Landesregierung sei darzulegen, der Inhalt der Resolution werde ausdrücklich begrüßt und die Landesregierung teile die Auffassung des Europäischen Parlaments. Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer habe noch vor Verfassung der Resolution ein Gespräch mit dem türkischen Generalkonsul geführt, in dem sie auf demokratische Grundsätze hingewiesen und ihre diesbezügliche Sorge zum Ausdruck gebracht habe.

In der vorhergehenden Woche habe eine Europaministerkonferenz stattgefunden. Angesprochen worden sei die Frage, welche Auswirkungen diese Resolution haben könne. Thematisiert worden seien dabei die engen Beziehungen und wirtschaftlichen Verflechtungen mit ebenso wie die Abhängigkeiten von der Türkei.

Eine gewisse paradoxe Situation sei dadurch gegeben, dass einerseits Flüchtlinge in die Türkei zurückgeschickt würden, andererseits gleichzeitig türkische Staatsangehörige Anträge auf Asyl in Deutschland stellten.

Brüssel in Person der Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik und andere Institutionen und auch das deutsche Außenministerium verträten ganz klar die Auffassung, dass der Dialog und die Verhandlungen fortgesetzt werden müssten; denn wenn die Absprachen des EU-Türkei-Paktes über die Flüchtlinge in dieser Form nicht mehr gälten, bedeute dies große Probleme für die EU, die sie aufgrund ihrer derzeitigen Verfassung kaum in der Lage wäre zu lösen. Die Situation auf den griechischen Inseln sei mehr als dramatisch, tagtäglich würden dort mindestens hundert Asylbewerber ankommen, aber pro Monat nur hundert zurückgeschickt. Die dortigen Kapazitäten reichten nicht aus, die täglich ankommenden Flüchtlinge ordnungsgemäß zu überprüfen.

**6. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 08.12.2016**  
**– Öffentliche Sitzung –**

Nicht unerwähnt lassen wolle sie, dass im Jahr 2016 doppelt so viele Menschen im Mittelmeer ertrunken seien als im Jahr 2015.

**Frau Abg. Willius-Senzer** sieht die Resolution als einen längst überfälligen Schritt. Zu fragen sei, ob bei einem möglichen Abbruch der Beitrittsverhandlungen bereits fertig verhandelte Abschnitte obsolet würden, sie also bei einem neuen Beitrittsprozess neu verhandelt werden müssten.

**Frau Staatssekretärin Raab** macht noch einmal auf den Umstand aufmerksam, dass die Verhandlungen derzeit ausgesetzt seien. Von den insgesamt 72 Punkten, die im Rahmen der Verhandlungen um die Visaliberalisierung zu erfüllen seien, stünden noch sieben offen. Deutlich zu machen sei, dass diese Aussetzung der Verhandlungen keinen Abbruch bedeute, eine Wiederaufnahme der Gespräche somit jederzeit möglich sei. Die Debatte um die Wiedereinführung der Todesstrafe stehe dem im Moment jedoch klar entgegen. Die Europäische Union habe sich bezüglich der Menschenrechte klare Grundsätze gegeben, die nicht verhandelbar seien.

**Herr Abg. Seekatz** unterstreicht die Aussage, dass der Dialog fortgesetzt werden müsse. Die engen Beziehungen zwischen der EU bzw. Rheinland-Pfalz und der Türkei habe der Europaausschuss bei seiner Informationsreise nach Istanbul im Rahmen eines Besuches der dortigen Niederlassung der BASF sowie anderer Unternehmen erleben können. Er bitte um Auskunft, ob die aktuell angespannte Situation schon Auswirkungen auf die Zusammenarbeit in diesen Bereichen zeige.

**Frau Staatssekretärin Raab** verweist auf die gemeinsame Ministerratssitzung mit der BASF, bei der jedoch keine solchen Auswirkungen angesprochen worden seien. Wie von Rheinland-Pfälzern, die vor Ort arbeiteten, zu hören sei, wären eventuelle Auswirkungen eher in den Städten als auf dem Land spürbar.

In dem schon erwähnten Gespräch der Ministerpräsidentin mit dem türkischen Generalkonsul habe dieser geäußert, dass das gesellschaftliche Miteinander beider Gruppen weiterhin erhalten bleiben solle.

Konkrete Hinweise auf Auswirkungen auf die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich lägen nicht vor.

Der Antrag – Vorlage 17/671 – hat seine Erledigung gefunden.



**Punkt 8** der Tagesordnung:

**Mitflugzentralen**

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT

Fraktion der FDP

– Vorlage 17/680 –

**Frau Staatssekretärin Raab** trägt vor, bisher gebe es in Rheinland-Pfalz noch keine Mitflugzentrale, jedoch könnten die Flugzeuge solcher Mitflugzentralen durchaus in Rheinland-Pfalz landen oder starten. Die bisher bekannten Mitflugzentralen trügen Namen wie Coavmi, Flyt.club, skyüber oder Wingly. Über diese Mitflugzentralen böten Privatpiloten Mitfluggelegenheiten an, beispielsweise weil sie ein gewisses Kontingent an Flugstunden vorweisen müssten, um ihre Lizenz zu behalten. Es gebe eine Reihe von Startflughäfen, die sich über Websites und Portale finden ließen, wobei die überwiegende Mehrheit dieser Startflughäfen jedoch in anderen europäischen Ländern liege.

Das Verfahren funktioniere ähnlich wie bei den PKW-Mitfahrzentralen. Dabei müssten sich die Piloten bei den Mitflugzentralen registrieren, und die Passagiere könnten Informationen oder Profile abrufen, wie lange sie schon flögen und welche Flugzeugtypen sie fliegen dürften. Bei den Flügen handele es sich um Selbstkostenflüge auf Teilungsbasis, bei denen der Pilot keinen Gewinn erzielen dürfe. Hier würden die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen der Europäischen Union zugrunde gelegt. Die tatsächlich anfallenden Kosten für den Flug wie Treibstoff, Flughafengebühren, Park- und Landegebühren und gegebenenfalls Mietkosten für das Flugzeug könnten auf zwei bis sechs Mitflieger einschließlich des Piloten umgelegt werden.

Das Prinzip der Kostenteilungsbasis bestehe darin, dass die Piloten ihre Flüge individuell online anbieten, die Gäste mit an Bord nähmen und die Kosten entsprechend aufteilen. Das Teilen von jährlich anfallenden Kosten sei dabei nicht gestattet. Der private Charakter des jeweiligen Fluges müsse im Angebot klar gekennzeichnet sein.

Die Europäische Agentur für Flugsicherheit weise darauf hin, dass nur bestimmte Luftfahrzeuge unter diese Regelung fielen. Dies seien non-complex-aeroplanes, Helicopters, Balloons und power-cell-planes.

Für Passagiere sei zu beachten, dass diese nicht so zuverlässig seien wie Linienflüge. Das hänge damit zusammen, dass diese kleinen Maschinen von der Wetterlage extrem abhängig seien und unter Umständen nicht starten könnten.

Anzusprechen sei die EU-Verordnung 965/2012, in der technische Vorschriften in Bezug auf den Flugbetrieb festgelegt seien, unter anderem gehe es hier auch um Flüge von Privatpiloten. Wichtig sei in diesem Zusammenhang, dass eine Insassenbeschränkung gegeben sei, das heiße, maximal sechs Insassen dürften sich an Bord eines solchen Luftfahrzeugs befinden.

Wenngleich es solche Mitflugzentralen in Rheinland-Pfalz noch nicht gebe, sprächen keine rechtlichen Bedenken dagegen, solche auch in Rheinland-Pfalz zu etablieren.

**Frau Abg. Willius-Senzer** erkundigt sich, wie die privaten Fluganbieter und Mitflieger versichert seien und wie der Mitflieger im Schadensfall abgesichert sei, beispielsweise bei einem Flug von Deutschland nach Frankreich.

**Frau Staatssekretärin Raab** entgegnet, die Antworten auf diese Fragen nachreichen zu wollen.

Auf Bitten von Frau Abg. Willius-Senzer sagt Frau Staatssekretärin Raab zu, dem Ausschuss Informationen darüber zukommen zu lassen, wie die privaten Fluganbieter und Fluggäste bei diesen Mitflugzentralen generell versichert und die Fluggäste im Schadenfall abgesichert sind, insbesondere im Hinblick auf die Frage des grenzüberschreitenden Flugverkehrs.

Der Antrag – Vorlage 17/680 – hat seine Erledigung gefunden.

**Punkt 9** der Tagesordnung:

#### **Verschiedenes**

**Herr Vors. Abg. Hartenfels** spricht ein Schreiben an die Fraktionen an, in dem es um ein Reiseziel für die Informationsreise des Ausschusses gehe. Er bitte um entsprechende Rückmeldungen seitens der Fraktionsmitglieder, um in den folgenden Sitzungen des Ausschusses darüber beraten zu können, welches Reiseziel ausgewählt werden solle.

Ein anderer Punkt, der schon innerhalb der Koalitionsfraktionen diskutiert worden sei, betreffe die Partnerschaftsregionen von Rheinland-Pfalz. Seitens dieser Fraktionen würde es begrüßt werden, wenn Vertreter dieser Partnerschaften einmal an einer Sitzung dieses Ausschusses teilnehmen könnten, um beispielsweise die aktuelle Situation der Partnerschaften gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse und der vergangenen eineinhalb Jahre in Europa zu diskutieren. Ein entsprechender GOLT-Antrag seitens dieser Fraktionen werde wahrscheinlich noch eingereicht, ihm sei es aber wichtig, jetzt schon einmal auf diesen Punkt hinzuweisen.

**Frau Abg. Meurer** sieht es als effizientere Vorgehensweise an, dass eine Fraktion, wenn sie einen Vorschlag für ein Reiseziel habe, diesen direkt an die anderen Fraktionen weiterleite, sodass die entsprechenden Beratungen bzw. Absprachen schon vor einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses stattfinden könnten.

**Herr Vors. Abg. Hartenfels** führt aus, bisher gebe es außer von der Fraktion der SPD noch keine Rückmeldungen. Diese sei auch dem genannten Schreiben beigelegt. Selbstverständlich könnten fraktionsinterne Vorschläge den anderen Fraktionen weitergeleitet werden, sodass dann abschließend im Ausschuss beraten werden könne.

**Herr Abg. Schmidt** erläutert, in Vertretung für Herrn Abgeordneten Lohr anwesend zu sein, und entschuldigt sein Zuspätkommen. Er begrüße es sehr, dass der Sprechvermerk zu dem Antrag, den seine Fraktion auf die Tagesordnung habe setzen lassen, erbeten und zugesagt worden sei.

**Herr Vors. Abg. Hartenfels** schließt mit einem Dank an die Anwesenden für ihre Mitarbeit die Sitzung.

**gez. Berkhan**  
**Protokollführerin**

**Anlage**

## In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete:

Geis, Manfred	SPD
Noss, Hans Jürgen	SPD
Schmitt, Astrid	SPD
Wansch, Thomas	SPD
Winter, Fredi	SPD

Herber, Dirk	CDU
Licht, Alexander	CDU
Meurer, Elfriede	CDU
Seekatz, Ralf	CDU

Schmidt, Martin Louis	AfD
-----------------------	-----

Willius-Senzer, Cornelia	FDP
--------------------------	-----

Hartenfels, Andreas	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
---------------------	-----------------------

## Für die Landesregierung:

Raab, Heike	Bevollmächtigte beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales
-------------	--

## Landtagsverwaltung:

Hardt, Dr. Markus	Regierungsdirektor
Berkhan, Claudia	Oberregierungsrätin im Sten. Dienst des Landtags (Protokollführerin)